P. b. b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)

NUMMER 124 JÄNNER 1971 EINZELPREIS S 3.-

ARBEITER UND BAUERN

Zweifellos ist der Milch-Preis, ähnlich wie der Brot-Preis, im Bewußtsein der arbeitenden Bevölkerung von besonderer Bedeutung. Die Erregung in der österreichischen Bevölkerung angesichts der angekündigten Preiserhöhungen für Milch und Milchprodukte ist daher völlig berechtigt. Jede Verteuerung der Verbraucherpreise von Nahrungsmitteln und Bedarfsgütern ist ein Raubzug gegen die Taschen des arbeitenden Volkes, muß daher bekämpft werden.

Gleichzeitig muß aber die Tatsache etwas nachdenklich stimmen, daß dieselbe SPÖ, die als Regierungspartei nun schon seit vielen Monaten nicht nur einer einschneidenden Verteuerung nach der andern zustimmt, sondern die Politik der Ausplünderung der arbeitenden Massen durch Preislizitation und Kaufkraftverdünnung aktiv vorantreibt, sich ausgerechnet bei der Milch vor Entrüstung fast überschlägt. Offensichtlich geht es hier nicht um die Sache selbst, sondern um die Demagogie, die sich damit treiben läßt. Der Milchpreis-Kampf ist ein neues Paradebeispiel für das schändliche demagogische Theater, welches die beiden führenden österreichischen Parteien auf dem Rücken des Volkes und auf seine Kosten treiben.

Die von einer Krise in die andere getaumelte ÖVP ist zumindest hier wieder in eine Position gelangt, die sie sich kaum besser wünschen kann. Ihr "Bauernbund" kann sich als die wahre, einzige und alleinige "Interessenvertretung aller Bauern" aufblasen und sich das sogar von seinen politischen Gegnern in äußerst wirkungsvoller Weise bestätigen lassen.

Auf der anderen Seite kann auch die SPÖ-Führung mit der Rolle zufrieden sein, die ihr die gemeinsame Regie bietet: sie kann dicke Krokodilstränen über die "unzulässige neuerliche Belastung des Volkes" vergießen, ihre maßgebliche Rolle als Organisatorin der verschärften Ausbeutung der Massen auf allen Gebieten vertuschen, mit allen möglichen Mätzchen und Augenauswischereien kann sie sogar etwas wie einen "Widerstand gegen die Teuerung" simulieren, bis schließlich sowieso das herauskommt, was die Reaktion möchte.

So wogt die "Auseinandersetzung" hin und her, im Parlament, in den Parteizeitungen und ihren "unabhängigen" Anhängseln, im Fernsehen, im Radio usw. Rechter Hand haben sich die "Bauernvertreter" versammelt und rechnen der Öffentlichkeit vor, wie unzumutbar das ist, was der kleine Bauer für seine Produkte bekommt - und sie haben sogar recht dabei. Linker Hand treten die SP-Führer und die KPÖ-Revisionisten ins Rampenlicht, den Mantel

SPENDET FÜR DEN RF-NOTFONDS!

von "A r b e i t e r v e r t r e t e r n" um die Schultern geworfen, und beweisen, daß die Teuerung für die Arbeiterschaft immer unzumutbarer werde - und auch sie haben d a m i t völlig recht. So kann die Diskussion bis zum Jüngsten Tag weitergehen, jedenfalls so lange, bis die Reaktion tun kann, was ihr gefällt, weil sich die Öffentlichkeit mit dem angekündigten neuen "Opfer" als unvermeidlichem "Schicksalsschlag" abgefunden hat.

Da kann doch etwas nicht stimmen! Hier ist doch etwas faul!

DEMAGOGIE IM DIENSTE DES KAPITALS

Es ist weit mehr faul, als der durchschnittliche Beobachter leider merkt. Nehmen wir als typisches Beispiel etwa die Stellungnahme der KPÖ-"Volksstimme" vom 13. Jänner 1970 in ihrer Titelmeldung und in ihrem Leitartikel zur Milchpreisfrage. Es heißt hier wortwörtlich:

"Auf Grund der F o r d e r u n g der ÖVP-B a u e r n b ü n d l e r , den Milch-P r o d u z e n t e n preis um 15 Prozent zu erhöhen, wurden bereits Berechnungen über die Auswirkungen auf den K o n s u m e n t e n - Preis veröffentlicht. Danach würde sich Milch pro Liter um 5 0 G r o s c h e n ...v e r t e u e r n."

"...eine Erhöhung des Milcherzeugerpreises um 15 Prozent, das sind 3 5 G r o s c h e n je Liter... hätte zur Folge, daß der Konsumentenpreis für Milch n o c h v i e l m e h r s t e i g e n ... würde."

Hier sind gleich mehrere hinterhältige Unterstellungen und Betrügereien enthalten. Die "Volksstimme" der KPÖ a k z e p t i e r t nämlich nicht nur stillschweigend die enormen Profite des parasitären Zwischenhandels, sondern räumt ihm geradezu als selbstverständlich auch noch das Recht ein, sofort w e i t e r e 1 5 G r o s c h e n a u f z u s c h l a g e n !

Daß es hier um keine Kleinigkeit geht, läßt sich aus den eigenen Angaben des KPÖ-Blattes leicht errechnen. Wenn nämlich eine 15-prozentige Erhöhung des Erzeugerpreises für Milch 35 Groschen ausmacht, so liegt dieser offenbar bei 2,30 Schilling pro Liter. In Wahrheit ist er sogar noch kleiner, da noch gewisse Abzüge wegkommen. Der Städter dagegen muß die Milch mit zumindest 4,60 S bezahlen, eine Milch allerdings, aus der die Molkereien schon eine Menge wertvollster Bestandteile herausgestohlen haben. Auf dem kurzen Weg vom Dorf in die Stadt wird die Milch also nicht nur qualitativ beträchtlich ärmer, sondern v e r d o p p e l t sich ihr Preis! Darüber aber verlieren weder SPÖ noch KPÖ ein einziges Wort, ja für sie ist es sogar ganz natürlich, daß die Parasitengewinne an der Milch automatisch erhöht werden, falls der bäuerliche Produzent mehr für die Milch bekommt. Die Molkereien stehen diesen famosen "Volksvertretern" unvergleichlich näher als die Masse der Bauern!

Übrigens verdoppelt sich der Milchpreis schon, wenn die Milch die Türe der Molkerei passiert hat. Man braucht nur etwas außerhalb Wiens in ein Dorf zu gehen und sich bei der Milchsammelstelle umzusehen. Die Masse der Bauern bringt die eben gemolkene Milch zu Fuß oder per Fahrrad, oft in Kannen zu 10 oder gar nur zu 5 Litern. Zur Sammelstelle kommen aber auch die Arbeiter- und die Kleinbauernfamilien, die keine Kühe halten, weil sie hier die Milch zum "Vorzugspreis" von 4,10 S beziehen können. Da der Erzeuger netto vielleicht 2,20 pro Liter erhalten hat, ergibt sich, daß die großkapitalistische Molkereigenossenschaft buchstäblich im Handumdrehen runde 2 Schilling per Liter Milch einsteckt. Sie verkauft dem Arbeiter den Liter Milch um den Preis, den sie dem Bauern für z w e i Liter bezahlt hat. Für das Umfüllen von einem Geschirr ins andere behält sie sich etwa ebensoviel, wie der Produzent für seine gesamte Arbeitsleistung bekommt.

Nicht nur bei der Milch ist es so. Für 1 kg Weizenmehl z.Bsp. zahlt der Arbeiter rund 6 Schilling, dem Bauern aber zahlt der Großmühlenbesitzer Polsterer oder die Lagerhausgenossenschaft pro Kilo Weizen etwa 2,30, wovon sie allerdings noch entsprechende "Prozente" abziehen wegen zu hoher Feuchtigkeit, zu großer Verstaubung usw. usf. Die Berechnung dieser Abzüge obliegt den Angestellten des Herrn Polsterer oder des Lagerhauses. Bringt der Bauer ein von ihm monatelang gefüttertes Schwein nach St.Marx, so erzielt er derzeit einen Netto-Preis pro Kilo Lebendgewicht von knapp 12 Schilling. Kaum ist dieses Schwein aber geschlachtet und ausgenommen (wodurch es um 15 Prozent leichter geworden sein mag), hat sich sein Kilopreis schon auf wundersame Weise fast verdoppelt, gar nicht reden von den Phantasiepreisen, die schließlich das "Gustostückerl" erreicht. Man könnte diese Beispiele beliebig fortsetzen.

Im großen und ganzen kann man sagen, daß sich die landwirtschaftlichen Produkte auf ih-

rem Weg vom Erzeuger zum Verbraucher zumindest auf das Doppelte verteuern, der Zwischenhandel, die Vermittlung und Verteilung dieser Produkte also die Hälfte und nicht selten bis zu zwei Drittel des Verbraucherpreises in Anspruch nehmen. Das ist Parasitismus in höchster Potenz!

Warum regen sich darüber die diversen Herren "Volksvertreter" nicht auf? Bei den unmittelbaren Parteien des Kapitals liegt die Antwort auf der Hand, aber wie ist es mit den Führern der sogenannten "Arbeiterparteien"? Mag sein, daß sie vieles nicht wissen, weil sie die Lage auf dem Dorf noch viel schlechter kennen als die Lage der Arbeiterschaft, doch das ist garnicht das Entscheidende. Das Wesentliche ist, daß sie diese Probleme nicht zur Kenntnis nehmen wollen, weil ihnen die Schlußfolgerungen nicht passen, die sich daraus ergeben, nämlich die Notwendigkeit des gemeinsamen brüderlichen Kampfes der Arbeiter und arbeitenden Bauern gegen den gemeinsamen Feind, das ländliche und städtische Kapital!

Diese Herrschaften haben sich einige durch und durch falsche und betrügerische Schemata zurechtgelegt. Für sie sind die Bauern allesamt Ausbeuter, Preistreiber, Feinde der Arbeiter. Die Bauern, das ist für sie der ÖVP-Bauernbund und umgekehrt. Sie haben den revolutionären Klassenstandpunkt zu dem konterrevolutionären Schema verhunzt: der Produzent sei der Feind des Konsumenten, der Bauer notwendigerweise Gegner des Arbeiters, der "Gscherte" der natürliche Widersacher des Städters. Ein solches Schema ist für sie alle praktisch, denn ihm zufolge ist die ÖVP eben die "Bauernpartei" und die SPÖ und KPÖ seien die "Arbeiterparteien", jeder prinzipienlose Schacher zwischen ihnen aber verklärt sich zum weisen Ausgleich zwischen den beiden großen natürlichen Kontrahenden. Das Kapital ist somit außer Obligo, es kann hinter der Bühne tun, was ihm paßt.



"DAS ALTE LIED" Lithographie von A. Paul Weber

DIE KLEIN- UND MITTELBAUERN SIND UNSERE BRÜDER!

Die Erkenntnis, welche der revisionistischen KPÖ ebenso fehlt wie der opportunistischen SP-Führung, gehört zum Kleinen Einmaleins des Marxismus:

Auch die Massen der Bauern sind arbeitende Menschen, sind Ausgebeutete und um die Früchte ihrer Mühen und Plagen geprellte Menschen wie die Arbeiter selbst!

Die arbeitenden Bauern - und das sind abgesehen von einer dünnen Schichte millionenschwerer Großbauern und Großgrundbesitzer alle Bauern - sind sogar Opfer einer besonders umfangreichen, besonders vielgestaltigen und besonders drückenden Ausbeutung! Das Märchen vom "freien Bauern auf freier Scholle" war schon immer ein Märchen, aber eine besonders niederträchtige Lüge ist es heute, da die Bevormundung, Unterdrückung, Benachteiligung, Prellung und Ausbeutung hunderttausender kleiner und mittlerer Bauern Formen angenommen hat, die jeder Beschreibung spotten. In dieser Lage ist es für den Bauern keine Erleichterung, daß er "Besitzer" ist, daß er "selbständig" arbeitet usw. Im Gegenteil. Sein Besitz ist eine Strafverschärfung, eine Kette, die ihn festhält und an Verhältnisse bindet, die er ohne diesen "Besitz" niemals ertragen würde. Dieser "Besitz" bindet ihn ideologisch, aber auch materiell unvergleichlich mehr an seine Ausbeuter als den Arbeiter. Die mit der Wirklichkeit in immer grellerem Kontrast stehende Illusion der "Selbständigkeit" macht ihn zu seinem eigenen unerbittlichen Aufseher und Antreiber, preßt ihn noch mehr unter ein Joch, das er andernfalls niemals dulden würde.

Die bäuerliche Arbeit ist nicht nur Schwer-

arbeit, sondern eine katastrophal unterbezahlte Schwerarbeit, die weder Achtstundentag noch Urlaub kennt, bei der es den Großteil des Jahres hindurch weder Sonntag noch Feiertag gibt. In der Praxis gibt es bei dieser Arbeit auch keine Altersgrenze nach unten oder nach oben. Man braucht nur einige Zeit auf dem Dorf zu leben, um zu sehen, was sich da abspielt: Hier findet man Schulkinder als Kutscher und Traktorfahrer ebenso häufig wie 70- bis 75-jährige Menschen bei ausgesprochener Schwerarbeit. Die kleinen und mittleren Bauern haben bis heute weder ausreichenden Schutz in Falle einer Krankheit oder eines Betriebsunfalls, noch ausreichende Altersversorgung. Weit über ihre Jahre niedergebeugt, von jahrzehntelanger Überanstrengung verunstaltet und verkrüppelt, oft von Krankheiten gezeichnet, die nicht oder nicht rechtzeitig behandelt wurden - so fristet die Masse der Bauern in ihrem Alter ein Leben, das in seiner Armut oft jeder Beschreibung spottet.

Im vorigen Jahr hat die Bauernkrankenkasse einen Bericht über Reihenuntersuchungen an 10.000 Bauern, Bäuerinnen und deren Angehörigen veröffentlicht, die in den Jahren 1968 und 1969 durch eine Ärztegruppe durchgeführt wurden. Es stellten sich fast unglaubliche Zustände heraus. 36 Prozent der Untersuchten, also mehr als ein Drittel, hatten ärztliche Behandlung nötig! Bei 20 % der Untersuchten waren Herz- und Kreislaufschäden festzustellen, bei 24 % Krankheiten der Venen, bei 33 Prozent sanierungsbedürftige Gebisse und bei 45 Prozent Deformierungen an den Füßen. Am schlimmsten sieht es natürlich bei den alten Menschen aus. Man stieß auf Fälle wie den, daß drei alte Bauern zusammen nur eine Brille zum Lesen hatten! Aber auch die bäuerliche Jugend ist ungleich mehr von Krankheiten gezeichnet wie die Stadtjugend. Bei den Musterungen zum Bundesheer ist die Zahl der Zurückstellungen wegen gesundheitlicher Untauglichkeit bei der bäuerlichen Jugend um 50 % größer als bei der städtischen Jugend. Übrigens ist auch der Prozentsatz tödlicher Arbeitsunfälle und tödlicher Erkrankungen der Atmungsorgane auf dem Dorf größer als in der Stadt. Einer der untersuchenden Ärzte berichtete: "Nirgends sonst scheint die Diskrepanz zwischen dem in der Medizin Möglichen und dem schlechten Endeffekt dem mitfühlenden Arzt so deutlich auf". Als Grund dafür wurde im besonderen die "schlechte finanzielle Lage eines Teiles der Landbevölkerung" genannt sowie der Umstand, daß die bäuerliche Bevölkerung "keine Zeit zum Kranksein" hat!

DIE FORMEN DER ABHÄNGIGKEIT UND DER AUSBEUTUNG AUF DEM DORFE

Die Ausbeutung hat auf dem Dorfe unendlich viele Gesichter und Variationen. Sie ist im Lauf der Zeit noch vielgestaltiger und komplizierter geworden, wobei sich gleichzeitig bedeutsame Schwergewichtsveränderungen ergeben haben.

Früher dominierte die Ausbeutung der Massen der Bauern durch Großbauern und Großgrundbesitzer. Sie besteht nach wie vor weiter. Von den Dorfgroßen ist man nicht nur abhängig, weil man von ihnen Geräte und Maschinen leihen muß, weil man von ihnen vielleicht Boden gepachtet hat, weil sie wirtschaftlich die Stärkeren sind, sondern weil sie oder ihre Kreaturen buchstäblich alles in der Hand haben, was auf dem Dorf zählt, von der Gemeindeverwaltung und der staatlichen Bürokratie bis zur Bürokratie der Genossenschaften, Lagerhäuser, Zuckerfabriken usw.

Diese Dorfaristokratie dirigiert sich die Milliardenmittel, die in Form von Subventionen, billigen Krediten, Preisstützungen, Bauzuschüssen usw. aus dem staatlichen Budget kommen, oft bis auf den letzten Groschen gegenseitig in die Taschen, ihre Handlanger plündern die kleineren Bauern aber auch unmittelbar aus. Nehmen wir als Beispiel die großen Lagerhaus-Genossenschaften. Eine Reihe von Beamten, Inspektoren, Prüfern usw. klassifiziert und mißt dort die Güteklasse, den Feuchtigkeitsgehalt, den Verschmutzungsgrad usw. etwa des abgelieferten Getreides und sie können dabei die Dorfgroßen nicht nur auf vielerlei Weise begünstigen, sondern sie müssen das auch, wenn sie ihre Posten behalten wollen. Was sie den Großen aber zustecken, müssen sie den Kleinen aus der Tasche ziehen, sonst wäre ja das Lagerhaus geschädigt, oft sogar der eigene Gehalt, der zum Teil an den "Arbeitserfolg" gebunden ist. Das selbe gilt z.Bsp. für den Rüben-Inspektor, der jede gelieferte Fuhre Zuckerrüben taxiert und den Prozentsatz der Abzüge für anhaftende Erde, für nicht entfernte Blätter usw. festlegt. Ob er will oder nicht wird er die Rüben des Großbauern, des Bauernbundgewaltigen oder Landeshauptmanns anders beurteilen wie jene eines Kleinbauern oder Pächters, d.h. was er hier draufschlägt, muß er dort wegnehmen und umgekehrt. Sogar die Kommissionen der Versicherungsgesellschaften, die den Schaden im Fall von Hagelschlag, Überschwemmung, Wildschaden usw. feststellen, achten sehr genau darauf, auf wessen Feld sie gerade sind. Wenn sie aber die Dorfgroßen begünstigen müssen und ihrer Dienststelle dennoch nicht schaden dürfen, heißt das zwangsläufig, immer wieder die Kleinen zu belasten, zu benachteiligen und zu prellen.

Doch so drückend die Abhängigkeit und die faktische Ausbeutung der Klein- und Mittelbauern, erst recht der Pächter und des ländlichen Halbproletariats durch die Dorfreichen auch ist, hat sich ihr längst eine Vielzahl neuer Abhängigkeiten und Ausbeutungsformen beigesellt, die in vielen Fällen noch ärger und einschneidender ist. Wir sprechen hier von der immer maßloseren und unverschämteren Ausplünderung der Massen der Bauern durch die Groß-

Industrie, durch die Fabriken, die landwirtschaftliche Maschinen, Transportmittel, Traktoren usw. erzeugen, durch die mächtigen Chemie-Konzerne, die den Kunstdünger und die unentbehrlichen Spritzmittel herstellen, durch die Banken, die den fast stets nur durch teure Kredite möglichen Ankauf der landwirtschaftlichen Maschinen finanzieren und so fort. Ein Vergleich der Preise für landwirtschaftliche Maschinen und Industriegüter mit den Preisen von Industrieartikeln im allgemeinen, wird sofort zeigen, daß erstere gewaltig überhöht sind und künstlich hochgehalten werden. Vergleicht man diese Preise jedoch mit den Produzentenpreisen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Rohstoffe, so ergibt sich ein wahrhaft skandalöses Mißverhältnis, das heißt, ein Maß an Ausbeutung, das sich auf geradezu abenteuerliche Gewinnspannen stützt. Und das wird immer ä r g e r . Während die Kaufkraft des Geldes von Jahr zu Jahr schwächer wird und die Teuerung bei den Waren, die der Bauer für die Führung seiner Wirtschaft in steigendem Maß braucht, besonders groß ist, haben die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte eine stagnierende Tendenz, kommt es zeitweilig sogar zu ihrem absoluten Sinken. Das bedeutet also, daß ein e i s e r n e r Zwang besteht, die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit von Jahr zu Jahr zu vergrößern und daß es jene Bauern, die das infolge ihrer finanziellen Schwäche nicht vor allem durch Einführung modernerer Produktionstechniken können, bei Strafe des wirtschaftlichen Untergangs durch Ausdehnung ihres Arbeitstags bis zum Äußersten, durch Kinder- und Greisenarbeit, durch unerhörten Raubbau an ihrer Arbeits- und Lebenskraft zu erreichen versuchen müssen. Reicht auch das nicht, so wird eben der Frau und den Kindern zusammen mit den vielleicht noch lebenden Großeltern die ganze Last der Wirtschaft aufgebürdet, während sich der Mann irgendwo eine Taglöhnerarbeit sucht.

Infolge dieser Verhältnisse, die auf rücksichtslose R u i n i e r u n g ungezählter kleiner und mittlerer Bauernwirtschaften hinauslaufen, wurden allein zwischen 1951 und 1965 mehr als 52.000 bäuerliche Betriebe in Österreich liquidiert. Von 1965 bis 1970 ist allein in Niederösterreich die Zahl der Wahlberechtigten in die Landwirtschaftskammern um mehr als 10.000 zurückgegangen. Gleichzeitig können von den noch bestehenden Höfen nur noch etwa die H ä l f t e allein aus den Einkünften von Ackerbau und Viehzucht existieren, während 37 Prozent hauptsächlich und 11 Prozent teilweise auf andere Einnahmen von Familienangehörigen angewiesen sind.

Die sich für die Massen der kleinen und mittleren Bauern immer bedrohlicher öffnende Schere zwischen den Preisen ihrer Produkte und den Preisen der Waren, die sie kaufen müssen, mit anderen Worten: ihre immer maßlosere A u s b e u t u n g d u r c h d a s K a p i t a l, beschleunigt jenen Dezimierungsprozeß, mit dem die kapitalistischen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie das "Bauernproblem" überhaupt lösen möchten. Ihren Plänen nach sollen die der kapitalistischen Konkurrenz nicht mehr gewachsenen Bauernhöfe auf organisierte Weise so lange umgebracht werden, bis auf dem Dorf nur noch Großbauern und das dazugehörige Landproletariat verbleiben. Der lauteste Vertreter einer solchen Politik ist bekanntlich der sozialdemokratische EWG-Vizepräsident Sicco M a n s h o l t . Sein Vorschlag,

Zoologisches



Eben zu der Zeit, als die österreichischen Zeitungsleser erfuhren, daß die Wiener SPÖ-Vizebürgermeisterin Gertrude S a n d n e r dem ÖVP-Gemeinderat Josef F r ö h l i c h das Ja-Wort zum Bund fürs Leben geben will, verkündete der ORF die Sensation, in England sei es gelungen, einen Hund mit einer Katze zu vermählen.

Wir geben gerne zu, daß zwischen diesen beiden Meldungen nicht der geringste Zusammenhang besteht. Eine Kreuzung zwischen Hund und Katze ist nämlich völlig unmöglich, weil diese Tiere verschiedenen Arten angehören. Dagegen bieten Kopulationen zwischen SPÖ- und ÖVP-Politikern erfahrungsgemäß keinerlei Schwierigkeiten, da es sich praktisch um d i e s e l b e p o l i t i s c h e G a t t u n g handelt.

50 Prozent der in der Landwirtschaft der europäischen Länder noch Beschäftigten in andere Berufe zu zwingen und staatliche Förderungsmittel in Zukunft nur noch landwirtschaftlichen Großbetrieben zukommen zu lassen, hat nicht nur die Zustimmung aller Großbauernvertreter, sondern auch Anerkennung durch "Arbeit und Wirtschaft", das Organ des ÖGB und des Arbeiterkammertags in Österreich gefunden.

Manche Bauern, die sich ihr Lebtag unter wirklich menschenunwürdigen Verhältnissen abrackern und schinden, lügen sich selber - gewissermaßen als Trost - eine "Selbständigkeit" und "Unab-

WIR DISKUTIEREN

Probleme der Massenarbeit

In der "Tribüne der jungen Generation" Nr. 1 ("Rote Fahne" Nr. 123) wurde über die Aufgaben der jungen Mitglieder und Kandidaten der MLPÖ geschrieben:

"Die Hauptaufgabe der jungen Mitglieder und Kandidaten der MLPÖ, der jungen Freunde und Aktivisten der 'Roten Fahne' ist es, in diese (kämpferisch und revolutionär eingestellten) Jugendzirkel und Gruppierungen junger Menschen hineinzugehen, dort die Rolle der aktivsten und bewußtesten Kräfte, der revolutionären Hefe, zu spielen und für die erfolgreiche Weiterentwicklung dieser Zirkel und Gruppierungen zum konsequenten Marxismus-Leninismus Sorge zu tragen."

Ich begrüße diese ausdrückliche Klarstellung sehr, meine aber, daß ein solcher Standpunkt nicht nur in bezug auf die Jugendarbeit und auf die Zusammenarbeit mit linksorientierten Gruppen gelten muß, sondern im Prinzip für unsere Arbeit in fortschrittlichen Massenorganisationen überhaupt.

In meiner Praxis habe ich mich an solche Gesichtspunkte schon seit längerer Zeit gehalten und möchte kurz einige dabei gewonnene Erfahrungen zur Diskussion stellen.

Die wichtigste - und sehr positive - Erfahrung ist die, daß man mit so einer Einstellung echte Sympathien erwerben und die Hilfe und Unterstützung von Menschen gewinnen kann, die sich vielleicht nicht ausdrücklich Marxisten-Leninisten nennen, aber in der Praxis eine für die Interessen der Massen so wertvolle Arbeit leisten, daß man bei ihnen viel lernen kann und muß.

Auf der anderen Seite gibt es auch einige weniger angenehme Erfahrungen. Da ich aus meiner Zugehörigkeit zur MLPÖ natürlich kein Hehl mache (ich meine, daß man das zwar nicht in den Vordergrund stellen, aber auch nicht verleugnen darf*, wenn die Rede darauf kommt), kann die Frage entstehen, warum ich in einer Organisation mitarbeite, die weder von meiner Partei "aufgezogen" ist noch ihr, wie es so schön heißt, sehr "nahe steht". Bei politisch unklaren und dem Marxismus-Leninismus auf Grund bürgerlicher Hetze oder wegen schlechter Erfahrungen mit den Revisionisten mißtrauisch gegenüberstehenden Leuten kommt es vor, daß diese Frage nicht sofort verstanden und falsch beantwortet wird. Sie verdächtigen uns manchmal, uns "infolge unserer zahlenmäßigen Schwäche wo anders anhängen" zu müssen, daß wir in die Massenorganisationen "krebsen" gehen, dort ein paar Mitglieder für unsere Partei "fischen" wollen und ähnliches.

Es genügt nicht, diesen Menschen mit Worten klarzumachen, sondern man muß sie in geduldiger praktischer Arbeit überzeugen, daß wir in den betreffenden Massenorganisationen, Gruppen oder Zirkeln mitarbeiten, um ihnen brüderlich zu helfen, ihre Arbeit zu verstärken und zu verbessern, die gestellten Aufgaben rascher und vollständiger zu erfüllen.

Das ist umso notwendiger, als ja auch unsere politischen Gegner in den betreffenden Organisationen und Vereinen tätig sind, mit einer Zielsetzung, die der unseren diametral entgegengesetzt ist.

Diese Elemente versuchen ständig, uns genau das in die Schuhe zu schieben, was sie selbst in Wirklichkeit tun, nämlich uns als für die betreffende Organisation "gefährliche" Leute abzustempeln, die sich in der Art von Spionen und Geheimagenten anderswo einschleichen, eine "Wühlarbeit" anfangen, um die betreffende Organisation von innen heraus zu unterhöhlen, für organisationsfeindliche "parteipolitische Zwecke" gleichzuschalten und am Ende mit Putz und Stengl aufzufressen.

Ich brauche hier nicht lange zu erklären, daß wirklichen Marxisten-Leninisten eine solche verächtliche Einstellung zu demokratischen Massenorganisationen oder zu den diversen Gruppen und Zirkeln fortschrittlichen Charakters absolut fremd ist. Diese zynische Einstellung, die den Klassenkampf durch einen Agentenkrieg, die Massenarbeit durch geheime Manipulationen und Intrigen ersetzen will, ist das klassische Kennzeichen der Trotzkisten und ihnen wesensverwandter Gruppen. Deshalb bekämpfen wir diese Gruppen ja auch sehr energisch, warnen vor ihrer Verwechslung mit Gruppen und Zirkeln der Linken, warnen wir vor jeglicher Zusammenarbeit mit ihnen!

Als Marxisten-Leninisten stellen wir die Sache, für die wir kämpfen und die in jeder Beziehung die Sache der arbeitenden Massen selbst ist, über alles andere. Anders ausgedrückt heißt das, daß wir keine sogenannten "parteipolitischen" Interessen haben, die zu dieser Sache in Gegen-

---

* Hier, wie überhaupt im ganzen vorliegenden Artikel ist von der Arbeit in demokratischen Massenorganisationen die Rede und nicht von politisch reaktionären und unmittelbar den Interessen des Feindes dienenden Organisationen. Selbstverständlich kann es in bestimmten Fällen notwendig werden, auch innerhalb solcher Organisationen des Klassenfeindes zu arbeiten, wobei notwendigerweise grundsätzlich andere Maßstäbe gelten, entsprechend dem grundsätzlich anderen Charakter dieser Organisationen. Das ist jedoch ein ganz anderes Thema, das hier nicht behandelt wird. (Die Redaktion).

hängigkeit" vor, die sie in Wirklichkeit jedoch längst verloren haben. Sicher, niemand kann sie im Stall und auf dem Feld herumkommandieren, sie müssen nicht fürchten, angeschnauzt und gemaßregelt zu werden, wenn sie zu spät zur Arbeit erscheinen, theoretisch könnten sie sogar bis Mittag im Bett liegen oder wenn die Sonne garzu schön scheint, die Arbeit sein lassen und baden gehen. Aber warum tun sie es denn nicht. Warum tun sie haargenau das Gegenteil? Ist es ihr angeborener "Fleiß", der sie im Morgengrauen aus dem Bett treibt, der sie 12, 14 und 16 Stunden arbeiten, sie auf Sonntage und Urlaub verzichten läßt usw. ? Natürlich nicht. Sie rackern sich - wir sprechen von den Klein- und Mittelbauern, welche die Masse aller Bauern bilden! - buchstäblich bis zum Umfallen ab, weil sie das müssen, weil der Druck auf sie noch größer, noch massiver, noch existenzbedrohender ist als bei vielen Lohnarbeitern.

Oder nehmen wir ein anderes Beispiel, das die vielgepriesene "Unabhängigkeit" des Bauern von heute zeigt, das Beispiel der Zuckerrüben, die vor allem in Niederösterreich eine sehr große Rolle spielen:

Schon wieviel der Bauer davon anbaut, bestimmt nicht er selbst, sondern die Zuckerfabrik, die alles streng reglementiert hat, um die Produktion zu drosseln und damit die Verbraucherpreise hoch zu halten. Die Fabrik schreibt dem Bauern ein gewisses Kontingent vor, kann es ihm ziemlich willkürlich verkleinern oder vergrößern, dem einen wegnehmen, dem anderen geben, alle kürzen oder nur einige kürzen usw. Da von der Größe dieser Kontingente oft die Existenz einer Klein- oder Mittelbauernwirtschaft abhängt und

---

satz stehen. Die Partei ist uns lediglich Mittel und Werkzeug zur Verfechtung dieser Sache, wohl ein unabdingbares, unersetzliches Mittel, aber keinesfalls Selbstzweck. Außerdem verpflichten uns unsere sehr radikalen, sehr anspruchsvollen Ziele, auf mögliche Augenblickserfolge überall dort zu verzichten, wo sie auf Kosten der langfristigen Interessen unseres Kampfes gingen. Das wieder unterscheidet uns wesentlich von den Opportunisten und Revisionisten, die den Augenblickserfolg schon deshalb allem voranstellen, weil ihnen die Arbeiterklasse und ihre Zukunft ganz egal sind und weil sie selbst im Grunde garkeine Zukunft haben.

Im Gegensatz zu diesen nicht-und antimarxistischen Richtungen ist es für echte Marxisten-Leninisten unbedingte Verpflichtung, alles zu unterstützen, was den Interessen des arbeitenden Volkes in irgendeiner Form dient, insbesondere alles, was zur revolutionären Mobilisierung der Massen, zur Hebung ihres politischen Bewußtseins, zum Kampf sowohl für ihre Tagesinteressen als auch für ihre Zukunftsinteressen beiträgt.

Daher messen wir allen in solcher Richtung wirkenden Organisationen und Organisationsversuchen größte Bedeutung bei und sind ehrlich und ernstlich bereit, ihnen aufopferungsvoll und selbstlos zu helfen, wo immer es unsere Mittel und Möglichkeiten erlauben. Auf solche Weise verstehen wir auch den berühmten Aufruf Mao Tse-tungs: "Dem Volke dienen!"

Als marxistisch-leninistische Partei achtet die MLPÖ streng den überparteilichen Charakter demokratischer Massenorganisationen und unterstützt den Kampf gegen jegliche Versuche, sie in die Zwangsjacke der Abhängigkeit von bestimmten politischen Parteien zu bringen. Allerdings können wir keinesfalls alles unbesehen akzeptieren, was unter der Flagge der "Ablehnung parteipolitischer Bindungen" und der "Überparteilichkeit" marschiert. Von bestimmten Elementen wird unter Berufung auf diese Grundsätze nämlich manchmal die Methode verteidigt, den Vertretern aller möglichen reaktionären politischen Richtungen uneingeschränkte politische Aktivität zu erlauben, den Mitgliedern der MLPÖ gegenüber jedoch geradezu diskriminierende Bedingungen zu schaffen. Nach dieser tendenziösen und entstellten Auslegung der Überparteilichkeit ist jeder fortschrittliche Einfluß "parteipolitisch" und daher unzulässig, während jede reaktionäre Tendenz automatisch als "unpolitisch" und daher als zulässig erklärt wird. Natürlich liegt auch einer solchen gefährlichen Praxis das verlogene "Argument" zugrunde, unsere Genossen seien lediglich "Agenten enger Parteiinteressen", die im Interesse der "Überparteilichkeit" sorgsam "abgeriegelt" werden sollten, keinesfalls in leitende Funktionen gewählt werden dürften usw.

Würden wir uns mit so einer Situation abfinden oder mit dem Austritt aus der betreffenden Massenorganisation reagieren, so würde das unvermeidlich dazu führen, daß diese ihren demokratischen Charakter gänzlich verliert, in reaktionärem Sinn "verpolitisiert" bzw. überhaupt in ein Werkzeug der politischen Reaktion verwandelt wird.

Vielleicht nicht so gefährlich, aber dennoch für die betreffende Massenorganisation sehr schädlich, ist schließlich noch folgende Entstellung: Ab und zu führt unsere geduldige, keine Mühen scheuende Arbeit innerhalb einer Massenorganisation und unsere für uns mit manchen Opfern verbundene Hilfe für fortschrittliche Gruppierungen außerhalb der Partei zu der abwegigen Einschätzung, wir seien so etwas wie "nützliche Idioten", die man maximal ausnützen müsse, ohne ihnen gegenüber jemals die "nötige Vorsicht" außer Acht zu lassen. Wie leicht zu verstehen, ist es von hier aus nur ein kleiner Schritt zur faktischen Diskriminierung unserer Genossen, die von diesen unmöglich hingenommen werden kann.

Auf alle solche und ähnliche Probleme kann man als Mitglied der MLPÖ stoßen, wenn man in einer Massenorganisation tätig ist. Man darf sich durch sie nicht dazu verleiten lassen, "mit den Füßen" zu antworten, indem man fortgeht und sich denkt, daß "die sich ihren Dreck halt alleine machen sollen, wenn sie nicht gescheiter sind". Wenn die betreffende Massenorganisation oder fortschrittliche Arbeitsgemeinschaft überhaupt ernst zu nehmen ist, dann handelt es sich eben nicht um "ihren Dreck", sondern um ein Anliegen des arbeitenden Volkes, das insbesondere auch unser Anliegen ist.

Wir können den bei unserer Arbeit auftretenden Problemen nicht ausweichen, sondern müssen sie lösen. Wo sich negative Tendenzen und feindliche Auffassungen zeigen, muß man ihnen offensiv begegnen, offen unseren prinzipienfesten Standpunkt klarmachen und Mißverständnisse ausräumen. Dabei wird sich immer wieder herausstellen, daß wir schließlich Unterstützung seitens all jener Kräfte finden werden, denen es so wie uns in erster Linie um die gute Sache geht.

K.

die Großen schon zur besseren Amortisation und Ausnützung ihrer Maschinen alles tun, um ihre Kontingente zu vergrößern, gibt es auf dem Gebiet der Kontingentverteilung ein erbittertes Ringen, für dessen Ausgang in der Regel die besseren "Beziehungen" ausschlaggebend sind. Hat der Bauer sein Kontingent, so ist er die Fabrik damit noch lange nicht los, denn sie schreibt ihm vor, wann er sein Rübenfeld gegen gewisse Krankheiten zu spritzen hat, ja sie kontrolliert fallweise auch die Durchführung ihrer Anordnungen! Dann, spät im Herbst, sind die Rüben abzuliefern und es beginnt die Jagd, sie rasch aus dem Boden zu bringen, bevor Regengüsse die Felder unpassierbar machen oder die ersten Fröste einsetzen. Um hier zurecht zu kommen, läuft der kleine oder mittlere Bauer zum Großbauern und bittet ihn, das Rübenausnehmen mit seiner Rübenerntemaschine zu besorgen, ihm auch entsprechende Fahrzeuge zu leihen usw. Der Besitzer der Erntmaschine, die ein Vermögen kostet, verlangt außer guten Worten nicht nur eine Tagesmiete von einigen tausend Schilling (womit ein Viertel bis ein Drittel des gesamten Reinertrags in seine Tasche fließt), sondern er kommt erst, wenn er mit der eigenen Ernte fertig ist oder ihm der Zeitpunkt für die eigene Ernte ungünstig scheint. (Bei Nässe z. Bsp. läßt die Maschine viele Rüben im Feld, bleibt alle Augenblicke stecken, die Rüben sind zu schmutzig usw. usw.) Das wieder bedeutet für unseren Bauern erhöhte Verluste, größere Abzüge, geringere Ausnützung der gemieteten Arbeitsmittel usw. Es nützt ihm nichts, daß er bei der Lieferung vor dem Herrn Rübeninspektor wie vor einem Großfürsten seinen Kotau macht - der schreibt dennoch Abzugsprozente, daß dir die Tränen kommen und erzählt dir notfalls als Trost, daß er voriges Jahr sogar einem Verwandten des Bürgermeisters soviel abgezogen hat - ein Fall von Objektivität, von dem sich noch die Kinder erzählen werden. Nun zur Zuckerfabrik: Sie zahlt die empfangenen Rüben nicht sofort, sondern erst viele Monate später. Ja sie sagt bei der Lieferung nichteinmal den Preis, den sie zahlen wird. Dieser Preis muß erst berechnet werden, wenn die Produktion läuft - von der Fabrik - und auf Grund von Untersuchungen und Analysen von Fachleuten, die selbst Angestellte der Fabrik sind. Da die Bauern ihr Kontingent voll ausnützen wollen, bauen sie lieber etwas mehr an. Auch wollen sie keine Handhabe für eine Kürzung des Kontingents geben. Die Folge ist, daß sie in guten Rübenjahren mehr ernten als das Kontingent vorsieht. Da gibt es nun zwei Möglichkeiten: bis zu einem gewissen Prozentsatz kann der Überschuß schon als Teil vom Kontingent für das folgende Jahr verrechnet werden, wird dann aber auch erst nach der nächstfolgenden Ernte bezahlt, sodaß der kleine Bauer der Fabrik eine zinsenlose eineinhalbjährige Anleihe gewährt. Die zweite Möglichkeit ist die, die Überschußrüben der Fabrik um einen ausgesprochenen Schleuderpreis zu verkaufen, der kaum mehr deckt als die wichtigsten Regien. Mit anderen Worten: hat der Bauer eine schlechte Ernte, so ist das sein Schaden. Hat er dagegen eine gute Ernte, so ist das der Nutzen - der Zuckerfabrik. Das Bestreben, sein Kontingent maximal auszunützen, zwingt den Bauern immer wieder zu Geschenken an die Zuckerfabrik. Heuer wird das noch ärger sein als im vorigen Jahr, denn für 1971 wurden die Kontingente generell um 15 Prozent gegenüber 1970 gesenkt. Wer gleichviel liefern will wie im vorigen Jahr, wird dafür weniger bekommen - der Zuckerpreis für den Verbraucher wird trotzdem steigen.

Quizfrage: Wo ist der sagenhafte "freie Bauer auf freier Scholle"? Worin besteht seine berühmte "Unabhängigkeit"? Wäre es nicht besser, ihn als einen miserabel behandelten Heimarbeiter der Zuckerfabrik zu klassifizieren?

DIE FORDERUNGEN DER ARBEITENDEN BAUERN KÖNNEN DEN ARBEITERN NICHT GLEICHGÜLTIG SEIN !

Der Verfasser versuchte, an Hand einiger weniger, aus der Erfahrung vor allem eines niederösterreichischen Kleinbauern stammender Beispiele, einen Einblick in die Klassenlage der arbeitenden Bauern, in einige Probleme ihres Existenzkampfes zu geben, der schon in naher Zukunft immer dramatischer werden wird. Diese Beispiele zeigen, daß eine wirklich revolutionäre österreichische Partei, eine Partei, die es mit dem Kampfbündnis der Arbeiter und werktätigen Bauern ernst meint, ganz eindeutig klarstellen muß:

1) Die Erzeugerpreise, welche die kleinen und mittleren Bauern für ihre Produkte bekommen, sind unangemessen niedrig, künstlich niedriggehalten zum Nutzen eines gewaltig aufgeblähten schmarotzerischen Zwischenhandels und zum Nutzen der Großindustrie, die aus den landwirtschaftlichen Produkten dadurch höhere Gewinne schlagen und sich Lohnkosten ersparen kann. Diese Preisgestaltung, welche die landwirtschaftlichen Produkte systematisch unterbewertet, ist eine der entscheidenden Formen der Ausbeutung der Masse der Bauern.

2) Die um eine höhere, angemessenere Entlohnung für ihre überaus schwere Arbeit kämpfenden kleinen und mittleren Bauern sind durchaus im Recht und ihr Existenzkampf verdient die energische Unterstützung durch die Arbeiterklasse. Es wäre katastrophal, wenn sich die Arbeiter auf den Standpunkt stellen würden, die Probleme der arbeitenden Bauern seien ihnen egal oder ihre Lösung widerspreche den Interessen des Proletariats. Man darf nicht dulden, daß eine große Gruppe von arbeitenden Menschen gegen die andere ausgespielt wird. Wir brauchen die feste kämpferische Solidarität aller arbeitenden Menschen, insbesondere das Kampfbündnis von Arbeitern und arbeitenden Bauern. Daher müssen die berechtigten Anliegen jeder Schichte der Werktätigen das Anliegen aller arbeitenden Menschen sein.

Wer erklärt, daß damit der Teuerung das Wort geredet werde, wiederholt eigentlich nur den Unsinn, der auch gegen die Arbeiter ins Treffen geführt wird, nämlich daß ihre Forderung nach höheren Löhnen die Waren verteuere und die "Preis-Spirale" antreibe.

Allerdings: den arbeitenden Bauern mehr für ihre Arbeit zu lassen, heißt noch lange nicht, daß dann zwangsläufig auch die Dorfgroßen, das ländliche und städtische Kapital, der Zwischenhandel usw. mehr verdienen müssen. Im Gegenteil! Auf ihre Kosten, ausschließlich auf ihre Kosten, muß das erfolgen! Es heißt schon gar

nicht, daß die Erfüllung der Forderungen der arbeitenden Bauern automatisch mit einer noch ärgeren Belastung der Arbeiterfamilien in Stadt und Land verbunden sein muß. Prüft man die Situation gründlich (es ist kein Zufall, daß die entsprechenden detaillierten Zahlen wie Staatsgeheimnisse gehütet werden!), so wird sich zeigen, daß eine bessere Entlohnung der arbeitenden Bauern sogar bei gleichzeitiger Senkung des Verbraucherpreisniveaus absolut möglich wäre.

Es gäbe ungezählte Wege und Methoden, das praktisch zu verwirklichen. Die soziale Staffelung der staatlichen Preisstützungen, wie sie von den Revisionisten gelegentlich und ohne wesentliches Engagement vorgeschlagen wird, ist bloß ein einzelnes, bei weitem nicht ausreichendes Mittel. Erforderlich ist ja offensichtlich eine totale Umgestaltung des ganzen Systems der Subventionen, der landwirtschaftlichen Zuschüsse und Kredite, der Besteuerungspraxis, des Zwischenhandels, der nichts als großkapitalistische Monopole darstellenden Agrar-Genossenschaften usw. Erforderlich wären Maßnahmen gegen die zunehmende Ausplünderung der Bauern durch die landwirtschaftliche Rohstoffe verarbeitende Industrie (Großmühlen, Zuckerfabriken usw.), durch die Hersteller landwirtschaftlicher Maschinen, Fahrzeuge, Transportmittel, Einrichtungen und Ausrüstungen, durch die Chemie-Industrie, die Kunstdünger und Spritzmittel zu Wucherpreisen verkauft, und vieles anderes.

Es gibt kein ehernes Muß, den Arbeiter zu schröpfen, wenn der Bauer was fordert, so wenig wie das auf Kosten der Bauern gehen muß, wenn die Arbeiter von Steyr oder Linz höhere Löhne fordern. Es wäre keine Kunst, das anderswo zu holen, es fehlt nicht an Mitteln und Wegen. Woran es aber fehlt, ist das Interesse der heutigen Machthaber in Stadt und Dorf, die Situation grundlegend zu ändern. Diesen Leuten mit dem Stein der Weisen kommen zu wollen, ist lächerlich. Sie sind die Ausbeuter oder ihre Werkzeuge. Bestenfalls werden sie versuchen, diese Ausbeutung durch einige Reformen besser zu organisieren, während sich der arbeitende Bauer die Ausbeutung überhaupt vom Halse schaffen will. Das aber geht nur gegen die heutigen Machthaber, welcher Partei sie auch angehören, es geht nur gegen das herrschende System, es geht nur durch den revolutionären Kampf der Massen der Bauern selbst. Sind diese

Massen aber einmal in Bewegung geraten, dann sind sie eine respektgebietende, gewaltige Kraft, ein Bundesgenosse der Revolution, wie es keinen besseren gibt. Um das zu wissen, braucht man garnicht in andere Länder zu schauen, dazu genügt die österreichische Geschichte, die Erinnerung an die Zeiten Stefan Fadingers und Michael Gaismairs.

★

Man muß endlich der verräterischen, für Arbeiter und arbeitende Bauern gleich verhängnisvollen Politik des Ausspielens von Stadt gegen Dorf und umgekehrt, der Politik des Aufhetzens der beiden größten Armeen des arbeitenden Volkes gegeneinander ein Ende machen. Die Arbeiter und die Massen der Bauern sind nicht Gegner und Feinde, sondern natürliche Bundesgenossen. Ihre Interessen sind miteinander nicht nur vereinbar, sondern unzertrennlich verbunden, weil sowohl die einen als auch die anderen Ausgebeutete sind und weil sie dieselben Unterdrücker haben: das Großkapital in Stadt und Land.

Gegen dieses Großkapital muß der Kampf organisiert werden, der gemeinsame Kampf der Arbeiter und werktätigen Bauern. Der wichtigste Prüfstein für jede revolutionäre Kraft in Österreich ist es, wie sie es verstehen wird, der kämpferischen Vereinigung von Arbeitern und werktätigen Bauern vorwärtszuhelfen und der Reaktion ihr wichtigstes taktisches Mittel, die Gegenüberstellung von Arbeitern und Bauern, aus der Hand zu schlagen. Auch wenn Österreich heute ein hochindustrialisiertes Land ist, gilt hier der Leitsatz, daß es ohne und gegen die Massen der Bauern keinen Sozialismus, überhaupt keinen Weg in eine bessere Zukunft gibt.

N.Ö.

„SPARTAKUS" - EINE HOFFNUNG

* *

Im Herbst vorigen Jahres wurde in Wien von jungen Arbeitern, von Lehrlingen und Studenten die Organisation "Spartakus" gegründet. Ideologisch wenig profiliert, an theoretischen Auseinandersetzungen sowie an Fragen der großen Politik in Österreich und in der Welt eher uninteressiert, zeichnet sie sich durch hervorragende Aktivität aus und stellt gegenwärtig die bei weitem rührigste und kämpferischeste Kraft dar, über welche die linksorientierte österreichische Jugend verfügt.

Unter den Kampagnen, welche die Genossen von "Spartakus" bisher, stets mit außerordentlicher Einsatzbereitschaft, hohem persönlichen Mut und viel Widerhall in der Öffentlichkeit geführt haben, ragt insbesondere ihr Kampf gegen die skandalösen Zustände in den österreichischen Jugendheimen, Erziehungs- und "Besserungs"-Anstalten und für die Abschaffung aller repressiven Jugendheime überhaupt hervor.

Mehr als 11.000 österreichische Kinder und Jugendliche leben derzeit in Heimen, die mehr oder minder dieser Gattung entsprechen, und durchwandern dort verschiedene Grade der Repression, vom relativ "milden" Lehrlingsheim bis zu den geschlossenen Anstalten Eggenburg, Retz, Voldenberg, Kaiser-Ebersdorf und Kirchberg, das schon eine sadistische Folterburg in der Art eines faschistischen Zuchthauses darstellt. Auch in den relativ "milden" Heimen sind Prügelstrafen und sadistische Mittel zur Brechung jedes Widerstandsgeistes gang und gäbe, wird jedes Aufbegehren, jede Subordinationsverletzung, jeder Fluchtversuch mit der Einweisung in die nächstschlimmere Anstalt geahndet. Ausgebildete Lehrer oder Erzieher sind in allen diesen Anstalten die Ausnahme, die wichtigsten unterstehen dem Justizministerium, ihr Personal besteht aus Aufsehern, die keinerlei pädagogische Ausbildung haben, von denen aber Mindestgröße, körperliche Kraft, womöglich Ausbildung in Judo, Boxen usw. verlangt wird. Menschen ohne gewisse sadistische Neigungen wird ganz ungeschminkt empfohlen, sich nicht um Anstellungen in diesen Heimen zu bewerben. Lieber nimmt man zu Fall gekommene Beamte, abgetakelte Unteroffiziere udgl.

11.000 junge Menschen sind für ein kleines Land wie Österreich eine beträchtliche Zahl. Doch es geht durchaus nicht nur um die Heim-Insassen selbst. Es geht auch darum, daß einige hunderttausend junge Menschen ständig davon bedroht sind, in solche Anstalten gepfercht zu werden. Bei Kindern aus sogenannten "normalen" Familien genügt oft schon geringfügiger Konflikt mit den Strafgesetzen, etwa ein Moped-Diebstahl, eine Tätlichkeit gegen Meister und Vorgesetzte, Widersätzlichkeit gegen einen Polizisten udgl. für die Einweisung. Ganz schlimm ist die Situation jedoch bei Kindern unter der Vormundschaft des Jugendamtes (uneheliche Kinder, viele Kinder aus gescheiterten Ehen oder zerrütteten Familienverhältnissen) oder bei solchen, die aus Gründen der Berufsausbildung nicht im elterlichen Haushalt leben können. Bei ihnen kann schon ein ganz harmloser Konflikt mit dem Lehrherrn oder der Schulleitung, eine als mangelhaft empfundene Arbeitsleistung oder zu häufiger Krankenstand (!) praktisch zur Einweisung in ein "Erziehungsheim" führen. Ein neuerlicher Anstand im Heim selbst bedeutet dann den Antritt der Reise, die in vielen Fällen in den repressivsten Heimen endet. Siebzig Prozent der dort gelandeten jungen Menschen finden sich später in den österreichischen Zuchthäusern wieder. Die "Besserung" hat sie restlos ruiniert, sie sind die Ausschußprodukte im Prozeß der Aufzucht gleichgeschalteter und nützlicher Diener des kapitalistischen Systems.

Das Material über die Zustände in den diversen repressiven Heimen, welches "Spartakus", gestützt auf zahllose übereinstimmende Berichte und Aussagen von davon betroffenen Jugendlichen sammelte und in verschiedenen Formen der Öffentlichkeit zur Kenntnis brachte, löste zunächst eine Welle von Verfolgungen jener aus, die den Mut gehabt hatten, zu reden. So wurden die Jugendlichen aus der "Erziehungsanstalt" Kaiser-Ebersdorf, die für einen Filmbericht konkrete Aussagen gewagt hatten, sogleich in Einzelzellen nach Kirchberg verschleppt. Aber es gab auch Teilerfolge. In einem besonders empörenden Einzelfall mußte eine Maßregelung aufgehoben werden, ein paar besonders berüchtigte Schläger wurden versetzt, andere zeitweilig vorsichtiger.

Auf Initiative von "Spartakus" wurden schließlich Vorbereitungen getroffen, einen Verein "Freunde von Heliopolis"* als



"VERHAFTEN SIE DIESE KERLE, SIE HABEN DIE WAHRHEIT GESAGT!"

* "Heliopolis" war die Sonnenstadt bzw. der Sonnenstaat, dessen Gründung den aufständischen römischen Sklaven unter Aristonikos und Spartakus vor mehr als 2.000 Jahren vorschwebte.

Zentrum des Kampfes zur Abschaffung aller repressiven Jugendheime und zur Organisierung von Selbstverwaltungsheimen zu gründen.



Vorbildliche Jugendfürsorge der Gemeinde Wien: Fürsorglich werden jugendliche Redner vom Podium weggetragen

Es entstand nun eine Situation, die vor allem die wieder mit Wahlvorbereitungen befaßte SPÖ-Führung, welche sowohl für das Wiener Jugendamt als auch für das Justizministerium verantwortlich ist, zwang, etwas zu ihrer Entlastung und Rechtfertigung zu unternehmen. Was man sich einfallen ließ, war typisch: Das Wiener Jugendamt berief für den 20. und 21. Jänner im Rathaus eine sogenannte "Jugend-Enquete" ein, auf welcher Bürgermeister Slavik eine salbungsvolle Einleitung und ein Rudel von "Fachleuten" des In- und Auslands mehr oder minder gescheite Reden hielten. Ziel und Zweck war, der Öffentlichkeit mit einem "wissenschaftlich" getarnten Theater eine Beschäftigung mit den Jugendproblemen "auf höchstem Niveau" vorzuschwindeln, jede ernste Kritik abzuwürgen und alles beim alten zu lassen. Dafür war schon kennzeichnend, daß der Leiter dieser Enquete ausgerechnet jener Dr. Walter Spiel war, der für die Zustände in den Jugend-Zuchthäusern Kaiser-Ebersdorf und Kirchberg weitgehend verantwortlich ist und dort jeden Monat seine KZ-Strafverfügungen austeilt: Zwangsarbeit, Stahlrute, Steinkorrektion.

Doch die Vorstellung lief nicht so reibungslos über die Bühne, wie es ihre Veranstalter geplant hatten. Trotz vorsichtiger Verteilung der Teilnehmerkarten hatten es etwa 30 junge Menschen, Mitglieder von "Spartakus", vor allem aber ehemalige Heiminsassen, vermocht, solche Karten zu besorgen. Als Herr Dr. Spiel sein Spiel beginnen wollte und klar war, daß seine Opfer nicht zu Wort gelassen würden, erlaubten sich diese, es sich selbst zu nehmen. Sie ergriffen das Mikrophon und berichteten dem aufhorchenden Publikum, was sich in den Heimen wirklich abspielt und welcher Methoden sich speziell Herr Spiel bedient.

Die Antwort der Veranstalter ließ nicht lange auf sich warten. Vor Bürgermeister Slavik, dessen schmalzige "Laudatio" eben noch die Humanität gefeiert hatte und vor Stadträtin Jacobi, die das noch nicht so gut kann, traten - offensichtlich auf beider Befehl - die Polizisten der "Stadtwache" in Aktion, zerrten die "Provokateure", welche mit ihren Wahrheiten den Zweck der Enquete so empfindlich gestört hatten, vom Rednerpult und schleppten sie mit Brachialgewalt aus dem Saal. Es war ein makabrer Spaß, daß die "Enquete" sodann mit einem tiefsinnigen Referat eines Hamburger Soziologieprofessors fortgesetzt wurde, über das die "Presse" vom 21. Jänner unter dem Titel berichtete: "Mangel an Zärtlichkeit kann tödlich sein".

Längst hat die Massivität der sogenannten "Mißstände" in den Heimen sowie die Reaktion der zuständigen Stellen auf ihre Aufdekkung selbst unter naiven Leuten den Verdacht aufkommen lassen, daß es sich hier nicht um bloße "Unregelmäßigkeiten", untypische "Verstöße gegen Recht und Gesetz" und um "bedauerliche Einzelerscheinungen" handelt, sondern um eine zwar sehr drastische, aber dennoch höchst typische Erscheinungsform der in Österreich herrschenden reaktionären gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Rathaus-Enquete und das dortige Intermezzo vom 20. Jänner hat dieser sich festigenden Erkenntnis beträchtlich weitergeholfen.

Es steht außer Frage, daß dieser Anschauungsunterricht in Zukunft noch deutlicher werden wird. Das wird auch dazu beitragen, den Genossen von "Spartakus" stärker zum Bewußtsein zu bringen, daß auch die hervorragendste kämpferische Praxis nicht über gewisse Grenzen ihrer Wirksamkeit hinauskommt, wenn sie die revolutionäre Theorie unterschätzt.

UNSERE LAGE IST SCHLIMMER,

ALS DU GEDACHT HAST

Du sagst: Du hast zu lange gehofft.
Du kannst nicht mehr hoffen.
Was hast du gehofft?
Daß der Kampf leicht sei?

Das ist nicht der Fall.
Unsere Lage ist schlimmer, als du gedacht hast.

Sie ist so:
Wenn wir nicht das Übermenschliche leisten
Sind wir verloren.
Wenn wir nicht tun können, was niemand von uns verlangen kann,
Gehen wir unter.

Unsere Feinde warten drauf
Daß wir müde werden.

Wenn der Kampf am erbittertsten ist
Sind die Kämpfer am müdesten.
Welche Kämpfer zu müde sind,
die verlieren die Schlacht.

Bert BRECHT

Das albanische Volk marschiert auf dem Weg der Revolution voran



ÜBER DIE FERNLEITUNGSMASTEN, AN DENEN ER GESTERN NOCH GESCHWEISST HAT, FLIESST HEUTE SCHON DER STROM BIS INS ENTFERNTESTE BERGDORF ALBANIENS

TRIUMPHALE ERFOLGE ÜBERSTRAHLEN DEN 25. JAHRESTAG DER GRÜNDUNG DER VOLKSREPUBLIK ALBANIEN AM 11. JÄNNER:

- DER 4. FÜNFJAHRPLAN MIT SEINEN GEWALTIGEN AUFGABENSTELLUNGEN WURDE BETRÄCHTLICH ÜBERERFÜLLT !
- ALBANIEN IST HEUTE EINES DER WENIGEN LÄNDER DER ERDE, DIE BIS INS LETZTE DORF ELEKTRIFIZIERT SIND !

Am 11. Jänner feierte das albanische Volk den 25. Jahrestag der Ausrufung der Volksrepublik Albanien. Es feierte ihn in einer Atmosphäre der revolutionären Begeisterung, des Triumphes und des Sieges, im glücklichen Bewußtsein von Erfolgen historischer Bedeutung und Größe, in der unbedingten Gewißheit kommender, noch gewaltigerer Triumphe.

Am 11. August 1970 konnte bereits gemeldet werden, daß der Vierte Fünfjahrplan (1966-1970) des sozialistischen Aufbaus Albaniens in bezug auf seine grundlegenden Kennziffern erfüllt oder übererfüllt war. Dieser Plan war der bisher bei weitem anspruchsvollste und kühnste gewesen und nicht wenige "Fachleute" der Imperialisten und Revisionisten hatten seine Erfüllung für unmöglich erklärt. Dieses Planjahrfünft war durch besonders hohe Entwicklungsraten aller Zweige der albanischen Volkswirtschaft gekennzeichnet. So wuchs die albanische Industrieproduktion im Jahresdurchschnitt um mehr als 14 Prozent, entwickelte sich also doppelt so rasch wie im vorhergehenden Jahrfünft und überbot bei weitem das industrielle Entwicklungstempo in jedem beliebigen kapitalistischen oder revisionistischen Land Europas.

Mit der sprunghaften Vergrößerung ihres Umfangs erfuhr die albanische Industrieproduktion auch eine bedeutende qualitative Veränderung. Lieferten solche Hauptsparten der Industrie wie Maschinenbau, Energie-Industrie, Baumaterial-Industrie, Erdöl- und Kupferproduktion im Jahre 1961 noch weniger als 20 Prozent der industriellen Gesamtproduktion, so lag dieser Prozentsatz im Jahre 1970 bereits bei 35,5 Prozent. Bei der Elektro-Industrie erreichte das durchschnittliche jährliche Wachstum in der Planperiode mit 23,6 Prozent fast ein Viertel, bei Baumaschinen 29,2 Prozent, in der Kupfer-Industrie 30,8 Prozent.

Als vor 10 Jahren die sowjetischen Revisionisten plötzlich alle Kredite sperrten, alle Spezialisten aus Albanien abzogen, die vertraglich zugesicherten Lieferungen einstellten und über das Land eine haßerfüllte Blockade und Sabotage verhängten, die nicht einmal vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zurückschreckte, waren sie überzeugt, der VR Albanien damit den Todesstoß zu versetzen. Aber was ist geschehen? Seither hat Albanien seine Industrieproduktion verzweieinhalbfacht, erzeugt es 4-mal soviel Elektro-Energie wie damals, baut es 6-mal soviel Maschinen, hat es seine Chemie-Produktion auf das 16,6-fache potenziert! Gleichzeitig ist aber auch die Leichtindustrie auf 220 Prozent ihres damaligen Standes gebracht worden.

Überzeugend sind auch die Erfolge der sozialistischen Landwirtschaft und Viehzucht Albaniens. Im Vergleich zur Periode 1962-65 stieg die Produktion in der Periode 1966-69 bei

Brotgetreide	auf	168 %
Erdäpfel	auf über	300 %
Gemüse	auf	157 %
Obst	auf	139 %
Fleisch	auf	122 %
Milch	auf	121 %
Eier	auf	169 %

Vergleicht man diese Leistungen mit den immer größeren Schwierigkeiten der Landwirtschaft in den revisionistischen Ländern, so wird die Überlegenheit des konsequent verwirklichten Sozialismus noch augenscheinlicher.

Betrachten wir den grandiosen kulturellen Aufschwung des albanischen Volkes unter der Führung seiner marxistisch-leninistischen Partei: Das albanische Volk ist heute ein Volk von Lernenden und Gebildeten. Von je 7 Einwohnern besuchen 2 irgendeine Schule. Rund 50 Prozent aller aus der Grundschule entlassenen Kinder treten in eine Mittelschule über. Die Zahl der Hochschüler je 1000 Einwohnern hat

Wir erbitten die Adressen von Interessenten der "ROTEN FAHNE"

die entsprechenden Zahlen in so hochentwickelten Ländern wie England und Westdeutschland übertreffen, garnicht zu reden von Jugoslawien, Polen, Tschechoslowakei usw. Gegenüber der Zeit vor der Befreiung gibt es in Albanien jetzt 13-mal soviele Ärzte, 11-mal soviel Betten in den Krankenhäusern und pro Kopf der Bevölkerung 90-mal sogroße staatliche Aufwendungen für die Volksgesundheit. So ist die durchschnittliche Lebenserwartung der Albaner von 38 Jahren vor der Befreiung auf 68 Jahre unter der Volksmacht gestiegen. Buchstäblich auf allen Gebieten ist das Leben der Menschen besser, schöner, glücklicher, kultivierter geworden.

*

Ein ganz besonderer Tag in der Geschichte des albanischen Volkes war der 25. Oktober 1970. An diesem denkwürdigen Tag flammten in den letzten und entlegensten albanischen Gebirgsdörfern die elektrischen Glühbirnen auf, begannen Radios und Lautsprecher zu spielen, während sich überall die Einwohner zusammenfanden, das historische Ereignis gebührend zu feiern. Es wurde beschlossen, diesen 25. Oktober nun alljährlich als den großen Tag des "Volksfestes des Lichts" zu begehen.

Die Geschichte der Elektrifizierung Albaniens bis in sein allerletztes Bergdörfchen grenzt in ihrer Gesamtheit ans Sagenhafte und Wunderbare. Noch vor einem halben Dutzend Jahren hätte sie niemand für möglich gehalten. Zuerst war in Albanien ein Perspektivplan ausgearbeitet worden, der für die durchgängige Elektrifizierung des Landes eine Periode von mehr als 20 Jahren vorsah. Die Durchführung dieses Planes gründete sich jedoch auf Voraussetzungen, die erst noch zu schaffen waren, sodaß sich eine noch längere Zeitspanne ergab. Rückblickend mag der Plan pessimistisch erscheinen, tatsächlich war das nicht, denn Albanien war vor der Befreiung ein Land, das elektrischen Strom nur in einigen Städten bei reichen Leuten kannte.

Als erstes größeres energetisches Werk nach der Befreiung Albaniens wurde am 7. November 1951 das Wasserkraftwerk "W. I. Lenin" bei Tirana in Betrieb genommen. Es leistete zwar nur 5.000 Kilowatt, damit aber immerhin schon das Eineinhalbfache der gesamten Vorkriegsstromproduktion des Landes. In den Jahren 1956 bis 1965 folgten dann die Wasserkraftwerke "Karl Marx" (25.000 KW), "Friedrich Engels" (24.000 KW) und "J. W. Stalin" (30.000 KW).

So mehrten sich die Voraussetzungen für einen in der ganzen Welt Aufsehen erregenden Beschluß des Zentralkomitees der PdA im Dezember 1967: Die durchgängige Elektrifizierung ganz Albaniens bis ins letzte Dorf ist innerhalb von vier Jahren durchzuführen, sodaß sie am 8. November 1971, dem 30. Jahrestag der Gründung der PdA, abgeschlossen ist!

Westliche "Experten" taten diesen Beschluß damals als leere "Propaganda-Geste" und unerreichbaren Wunschtraum ab, wußte man doch, mit welch ungeheuren Schwierigkeiten die Elektrifizierung in einem zum Teil kaum noch durch fahrbare Straßen erschlossenen Gebirgsland mit mehr als zweieinhalbtausend kleinen Dörfern verbunden war, von denen auch im Jahre 1967 fast 75 Prozent noch keinen Strom hatten.

Die Entwicklung seither hat sie das Staunen gelehrt. 1968 wurde durchschnittlich fast jeden Tag ein weiteres Dorf elektrifiziert, 1969 an jedem Tag durchschnittlich zwei Dörfer, 1970 schon zwei bis drei Dörfer pro Tag. Und am 25. Oktober 1970, 13 Monate vor dem so rigoros verkürzten Termin, erstrahlten sämtliche 2.546 albanischen Dörfer in dem Licht, das ihnen die Partei versprochen hatte. Aus dem einst rückständigsten Land Europas war eines der wenigen Länder in der Welt geworden, in dem es schon kein einziges Dorf mehr ohne elektrischen Strom gab.

Bei der Erreichung dieses großartigen Erfolges hat die brüderliche Hilfe der sozialistischen Volksrepublik China eine besondere Rolle gespielt und bildet ein leuchtendes Kapitel praktisch angewandten proletarischen Internationalismus. Entscheidend jedoch war das albanische Volk selbst, das unter der zielklaren Führung der PdA mit unendlicher revolutionärer Begeisterung und Tatkraft das fast unmöglich Scheinende hat Wirklichkeit werden lassen.

Die durchgängige Elektrifizierung Albaniens ist ein Ereignis von gewaltiger Tragweite sowohl für die kulturelle Entwicklung des albanischen Volkes als auch für die stürmische Weiterentwicklung seiner gesamten Volkswirtschaft, woraus sich wieder ganz neue Möglichkeiten für die Hebung des Wohlstands der Volksmassen ergeben.

Noch hat Albanien hinsichtlich seiner Gesamtproduktion elektrischer Energie das Niveau entwickelter Industrieländer nicht erreicht. Aber das Tempo, in dem es diesem Ziel näher kommt, wächst von Tag zu Tag. Als großer Schritt in dieser Richtung erfolgt noch heuer die Inbetriebnahme des großen Wärmekraftwerkes von Korca sowie des mächtigen Wasserkraftwerkes "Mao Tsetung" mit einer Kapazität von 250.000 KW und einer Jahresleistung von 1 Mld. KWh. Inzwischen wird aber auch schon am großen Kraftwerk in Fierza mit 1,7 Mld. KWh jährlich gearbeitet und gehen die Vorarbeiten für neue leistungsstarke Wasserkraftwerke an der Drina und an der Vjosa zügig voran. Ihr voller Ausbau bedeutet eine jährliche Stromproduktion von etwa zehn Milliarden KWh, womit Albanien die heutige österreichische Pro-Kopf-Produktion von elektrischem Strom weit hinter sich gelassen haben wird!

Bezüglich der Durchgängigkeit der Elektrifizierung, ihrer Ausbreitung über das ganze Land, steht das sozialistische Albanien schon heute an einer der ersten Plätze in der Welt. Darauf so großen Wert zu legen, entspricht dem Wesen des Sozialismus, dem das kleinste Bergdorf ebenso wichtig ist wie jeder Stadtbezirk, der die wesentlichen Unterschiede zwischen der Arbeit und dem Leben in der Stadt und auf dem Lande systematisch beseitigt und dessen Sorge stets allen arbeitenden Menschen gilt. Gleichzeitig ist die Durchgängigkeit der Elektrifizierung auch eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft auf breitester Basis und in maximalem Tempo.

Das Beispiel der Elektrifizierung des sozialistischen Albanien ist ein neuerlicher Beweis für die Richtigkeit und Wirksamkeit der marxistisch-leninistischen Linie der albanischen Partei der Arbeit unter der Führung des Genossen Enver Hodscha. Es zeigt neuerlich, zu welchen gewaltigen Leistungen auch ein sehr kleines Volk imstande ist, wenn es konsequent den Weg der sozialistischen Revolution, des Marxismus-Leninismus geht.

ZUM ZWEITEN JAHRESTAG IHRER GRÜNDUNG:

BRÜDERLICHEN GRUSS DER KPD/ML!

Vor nunmehr zwei Jahren, um die Jahreswende 1968/69, wurde unsere deutsche Bruderpartei, die KPD/ML, gegründet. Dieses Ereignis war die Frucht eines langdauernden beharrlichen und mühevollen Kampfes der um den "Roten Morgen" (heute das Zentralorgan der Partei) gescharten bewußtesten westdeutschen und Berliner Genossen zur Sammlung aller wahrhaften Marxisten-Leninisten und zu ihrer Vereinigung in einer konsequent revolutionären Partei, nachdem die KPD unter dem revisionistischen Druck aus Moskau und der DDR völlig entartet und kampfunfähig geworden war.

Die Gründung der KPD/ML bedeutete, nicht nur vor den Augen des deutschen Proletariats, sondern im Angesicht der ganzen Welt, aller um ihre soziale und nationale Freiheit kämpfenden Kräfte der Erde, jene ruhmreiche rote Fahne der Revolution mutig wiederzuerheben, unter der das deutsche Proletariat einst so großartige Klassenkämpfe geführt hatte. Es war daher durchaus verständlich, daß die Gründung der KPD/ML, mit der eine neue Etappe der revolutionären Bewegung in Deutschland begann, auch von den wirklich revolutionären Kräften der anderen Länder freudig begrüßt wurde, die darin das Erstehen einer neuen wichtigen Kampfabteilung des internationalen Proletariats, einen Ansporn und eine äußerst wertvolle Hilfe für ihren eigenen Kampf verstanden.

Insbesondere war das auch bei den österreichischen Marxisten-Leninisten der Fall. Schon mit der Gruppe "Roter Morgen" in freundschaftlichen Kontakten stehend, erklärte die MLPÖ von Anfang an ihre feste internationalistische Solidarität mit der neugegründeten KPD/ML, eine Solidarität, die sich seither noch weiter vertieft und gefestigt hat.

Nach den Erfahrungen in den anderen Ländern, in denen schon marxistisch-leninistische Parteien bestanden und auf Grund eigener Erfahrungen war es den Genossen der KPD/ML von vornherein klar, daß sie keinen leichten Weg, keinen Triumphzug im Blumenregen, keine Aufeinanderfolge strahlender Siege vor sich hatten, sondern einen aufreibenden Kampf voller Widerwärtigkeiten, Schwierigkeiten und Anfeindungen, in dem mühevoll erkämpfte Erfolge nicht selten von zeitweiligen Rückschlägen begleitet sind.

Die Praxis bestätigte diese realistische Einschätzung sehr schnell. Kaum war die KPD/ML gegründet, schossen in der Bundesrepublik auch schon allerorten Organisationen und Gruppierungen aus dem Boden, die sich auf marxistisch-leninistische Ideen beriefen, den chinesischen und albanischen Genossen reiches Lob spendeten und überhaupt viel Schönes und Gutes sagten - mit einer Ausnahme: ihnen gefiel alles, nur nicht die soeben gegründete KPD/ML, es gefiel ihnen nicht der Zeitpunkt und die Art der Gründung, es gefielen ihnen nicht die ins Zentralkomitee gewählten Genossen, es gefiel ihnen nicht das Zentralorgan "Roter Morgen" usw. usf. Alle betonten die Notwendigkeit der Schaffung und Entwicklung einer marxistisch-leninistischen Partei, bloß an der soeben gegründeten und mit nicht enden wollenden Anfangsschwierigkeiten kämpfenden realen KPD/ML hackten sie mehr oder minder unqualifizierbar herum. Die negativsten dieser Gruppen verfochten einen Standpunkt, der frappant an die Methode der US-Imperialisten in der Frage der Aufnahme Volkschinas in die UNO erinnerte: indem sie die Gründung einer konsequent marxistisch-leninistischen Partei Deutschlands zu einer "ganz besonders wichtigen Frage" erklärten, versuchten sie faktisch, diese Gründung auf den St. Nimmerleins-Tag zu verschieben.

Das Auftreten all dieser Gruppen unmittelbar nach Gründung der KPD/ML zeigte mit großer Deutlichkeit zwei wichtige Tatsachen:

1) Es zeigte, daß diese Gründung vom Klassengegner äußerst ernst genommen wurde und daß er massive Anstrengungen unternahm, die Entwicklung der Partei zu stören, ihre großen potentiellen Möglichkeiten nicht zur Entfaltung kommen zu lassen, die Partei womöglich schon in ihrer Wiege zu erdrosseln.

2) Es zeigte, daß das - verglichen mit Österreich - relativ hohe Maß der Revolutionierung der Massen in Deutschland durch die Gründung der KPD/ML einen neuen mächtigen Impuls erfahren hatte. Was bereits sozusagen in der Luft gelegen war, vollzog sich jetzt in breitem Umfang und großem Tempo: an dutzenden Orten empfand man die Notwendigkeit der Schaffung revolutionärer Zellen und sie konstituierten sich so rasch, daß die soeben ins Leben getretene Partei den daraus entspringenden vielfältigen Anforderungen unmöglich nachkommen konnte.

Ein besonders erschwerender Umstand in Westdeutschland lag offenbar auch darin, daß es in der BRD nicht (wie besonders in Österreich) ein traditionell dominierendes Zentrum, ja nicht einmal eine echte Hauptstadt gibt, sondern eine ganze Reihe rivalisierender Zentren. Selbstverständlich wurden die Schwierigkeiten aber auch durch den Mangel an Erfahrung sowie durch ideologisch-politische und organisatorische Schwächen vergrößert, die es in jeder jungen Partei zwangsläufig gibt. Weiters: Auch das beste leitende Kollektiv einer neu gegründeten Partei kann nicht damit rechnen, mit großer Autorität an die Arbeit gehen zu können, schon garnicht in einer Zeit und in einer Situation, in der die katastrophalen Erfahrungen mit den "Autoritäten" der alten Partei, mit ihrer "Disziplin", ihrem "Zentralismus" und mit ihrem ganzen Statut die längst totgeglaubten anarchistischen Dummheiten massenhaft wiederbelebt und die kleinbürgerlich-individualistischen "antiautoritären" Tendenzen gewaltig verstärkt haben.

Alles das und manches andere hatte zwangsläufig zur Folge, daß es negativen oder sogar feindlichen Elementen relativ leicht war, in einzelne Gruppen außerhalb der KPD/ML einzudringen, dort den Ton anzugeben und die darin vorhandenen ehrlichen Revolutionäre oftmals für eine Aktivität zu mißbrauchen, die ungeachtet aller marxistisch-leninistischen Lippenbekenntnisse objektiv umso reaktionärer ist, je feindseliger sie sich zur KPD/ML als der größten Errungenschaft der neuen Etappe verhält. Aber auch innerhalb der Partei war infolge dieser Gegebenheiten die Gefahr von Fraktionsbildungen bzw. von parteifeindlichen Abspaltungen

sehr groß. Mit anderen Worten: In der BRD war die Aufgabe, die sich der jungen KPD/ML stellte, nämlich ein das gesamte Land erfassendes Netz revolutionärer Grundorganisationen mit fester einheitlicher Disziplin und unter der theoretisch wie praktisch anerkannten und wirksamen Führung eines Zentralkomitees mit großer revolutionärer Autorität zu schaffen, ganz besonders schwierig und langwierig.

Dennoch hat die KPD/ML in den zwei kurzen Jahren ihrer Existenz gerade auf diesem Gebiet eine unermüdliche Arbeit geleistet und unter besonders komplizierten Bedingungen Erfolge erzielt, die hohe Anerkennung abfordern.

Eine hervorragende Rolle spielte und spielt dabei das Zentralorgan der KPD/ML, der "Rote Morgen", der seit Mitte vorigen Jahres als großformatiges, technisch bestens ausgestattetes monatliches Kampforgan in Massenauflage erscheint.

So wie vor zwei Jahren die Gründung der KPD/ML ein richtiges "Gründungsfieber" in der Bundesrepublik ausgelöst hatte, so hat übrigens auch die rasche Entwicklung des "Roten Morgen" zu einem technisch wie inhaltlich hervorragenden Sprachrohr der Revolution eine bemerkenswerte Belebung der Publizistik der verschiedenen außerhalb der KPD/ML stehenden Organisationen und Gruppen zur Folge gehabt.

Seit Mitte des vorigen Jahres ist buchstäblich kein Monat mehr vergangen, in dem nicht mindestens eine neue westdeutsche Zeitung gegründet worden wäre, die sich feierlich auf den Marxismus-Leninismus beruft, aber dem "Roten Morgen" in feindlicher Konkurrenz gegenübersteht und ihm eins auszuwischen sucht. So gibt es schon zwei Blätter mit dem Titel "Rote Fahne", einen "Funke", einen "Rebell", einen "Roten Pfeil", eine "KAB-Arbeiter-Zeitung", eine "Arbeiter-Stimme" usw., alles in Offset-Druck, ganz abgesehen von der Vielzahl der mit Wachsmatrizen vervielfältigten Blättchen.

An und für sich hat das vielleicht auch sein Gutes, denn selbst dort, wo diese Gruppen-Zeitungen unrichtige Kritiken an der KPD/ML und am "Roten Morgen" vorbringen, fördern sie auf ihre Weise eine Diskussion, welche diese marxistisch-leninistische Partei und ihr Zentralorgan schließlich als die zentrale, organisatorisch und politisch reifste, am konsequentesten revolutionäre Kraft bestätigen wird, über welche die westdeutsche Arbeiterklasse verfügt. Es ist ein sehr erfreuliches Zeichen, daß in einigen dieser Zeitungen die Tendenz sichtbar und stärker wird, die Polemik gegen die KPD/ML und den "Roten Morgen" zu versachlichen und nicht diese Polemik, sondern die ernste Arbeit unter den Massen, die Hilfe bei der Organisierung ihrer Kampfbewegungen und die Förderung ihres politischen Bewußtseins in den Vordergrund zu stellen.

Doch sogar auch jene Blätter und Gruppen, deren Hauptanliegen offenbar die Diversion und Zersetzung, die Diffamierung und Schwächung der revolutionären Kräfte ist, können ungewollt dazu beitragen, daß sich der Klärungsprozeß unter den Massen beschleunigt, indem diese aus ihrem negativen Beispiel lernen. Es ist kennzeichnend für diese unmittelbar von feindlichen Elementen beherrschten Blätter und Gruppen, daß sie nicht nur innerhalb des Landes versuchen, alle der KPD/ML und dem "Roten Morgen" feindlichen Kräfte unter einen Hut zu bringen, sondern gleichzeitig eifrig bemüht sind, auch entsprechende ausländische Kontakte herzustellen - nämlich mit jenen Grüppchen und Blättchen, die dort gegen die bestehenden jungen marxistisch-leninistischen Parteien und Zeitungen zetern und schimpfen. Sie haben eine gute Witterung für ihresgleichen. Es sucht der Bruder seine Brüder - dort und da. Der Phase der Zersplitterung folgt überall die Phase der kämpferischen Vereinigung der wirklich revolutionären Kräfte, aber Hand in Hand damit, sozusagen als gehässige Karikatur dazu, vollzieht sich auch die nationale und internationale Vereinigung aller Feinde der marxistisch-leninistischen Parteien. Man muß das nicht bedauern, denn es wird letzten Endes erleichtern, zwischen Freund und Feind zu unterscheiden. Von den revolutionären Kräften richtig aufgeklärt, werden die Massen daraus lernen, daß der Prüfstein für einen politischen Zirkel oder eine Gruppe weder die Anzahl und der Wortreichtum der Grußbotschaften nach China, noch die Ausdauer beim Zitieren der marxistischen Klassiker ist, sondern die praktische Nutzanwendung der Lehren des Marxismus-Leninismus und der Ideen Mao Tse-tungs, und wie sie sich konkret zur sachlichen Zusammenarbeit und revolutionären Vereinigung mit jenen Parteien verhält, die auf dem Boden dieser Lehren stehen.

In den kurzen beiden Jahren ihrer Existenz hat die KPD/ML eine große Arbeit geleistet, deren positive Auswirkungen sich in der kommenden Etappe immer deutlicher zeigen werden. Die gegenwärtig noch feststellbare Zersplitterung in der revolutionären Bewegung Westdeutschlands ist ein unvermeidliches Durchgangsstadium, dessen Talsohle bereits durchschritten ist - dank der Arbeit und des Kampfes der KPD/ML. Unsere deutsche Bruderpartei hat ihre erste und daher schwierigste Entwicklungsetappe schon hinter sich, sie hat wesentliche Grundlagen für kommende Erfolge gelegt, insbesondere bei der weiteren Sammlung und Vereinigung aller wirklich revolutionären Kräfte des Landes als dem Grunderfordernis zur Organisierung der ganzen deutschen Arbeiterklasse im revolutionären Kampf für ihre historischen Ziele.

Das Zentralkomitee der MLPÖ beglückwünscht die KPD/ML und ihr Zentralorgan "Roter Morgen" anläßlich des zweiten Jahrestags der Parteigründung in brüderlicher kämpferischer Verbundenheit zu den in dieser kurzen Zeit vollbrachten eindrucksvollen Leistungen und wünscht den deutschen Marxisten-Leninisten von ganzem Herzen Erfolg in ihrem weiteren Kampf zur Vereinigung aller revolutionären Kräfte des Landes und im Kampf für die Lebensinteressen des arbeitenden deutschen Volkes.

Wien, Jänner 1971 — ZK der MLPÖ

KPD/ML gibt Nachdruck der Werke J.W.Stalins heraus

Wie der "Rote Morgen" in seiner jüngsten Ausgabe mitteilt, wird ab 31. März d.J. die bis zum Band 13 gediehene Gesamtausgabe der Werke J. W. Stalins in einem vom Zentralkomitee der KPD/ML durchgeführten kompletten Nachdruck vorliegen! Das ist ein schwerer Schlag gegen die Revisionisten aller Spielarten, welche die Werke des Genossen Sta-



Deutschsprachiges Programm von RADIO TIRANA

Zeit	Kurzwelle		Mittelwelle
6.00 – 6.30 h	41,	50 Meter	215 Meter
13.00 – 13.30 h	32,	41 "	
14.30 – 15.00 h	32,	41 "	
16.00 – 16.30 h	32,	41 "	
18.00 – 18.30 h	32,	41 "	
19.00 – 1930 h	41,	50 "	
21.30 – 22.00 h	41,	50 "	
23.00 – 23.30 h	41,	50 "	215 Meter

Hört die revolutionären Sender!



Deutschsprachiges Programm von Radio Peking

MEZ	Meterband			
19.00 h – 20.00 h	43,7	42,8	26,2
21.00 h – 22.00 h	43,7	42,8	26.2

lin in der Hoffnung einstampfen ließen, den jungen marxistisch-leninistischen Parteien werde es auf sehr lange Sicht hin unmöglich sein, die gewaltige Arbeit des Neudrucks dieser Werke auf sich zu nehmen.

Mit der Neuherausgabe der 13-bändigen Werke J. W. Stalins hat unsere deutsche Bruderpartei auch den revolutionären Kräften anderer Länder, insbesondere Österreichs, eine bedeutsame Hilfe gegeben, für die wir ihr aufrichtigen Dank schulden.

Österreichische Interessenten ersuchen wir, sich im Falle der Bestellung der (nur komplett erhältlichen) Werke J. W. Stalins direkt an den Zentralen Literaturvertrieb der KPD/ML zu wenden, nämlich an

Hans-Joachim Kühn
D 2 Hamburg 19
Postfach 7691

Die Bände werden in der BRD mit zusammen DM 100,- (plus Porto) berechnet. Auslandsbezieher mögen die Liefer- und Zahlungsbedingungen konkret vereinbaren.



Auch Interessenten für den Bezug des "ROTEN MORGEN" ersuchen wir um Bestellung direkt bei der Hamburger Redaktion. (Siehe Faksimile.)

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten

2 Hamburg 71, Postfach 464. Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust. Verlag: Detlef Schneider. Druck: Wandsbeker Verlagsdruckerei, Hamburg 70. Postscheckkonto: Detlef Schneider, Hamburg, Nr. 3364 44. Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis: 1,- DM. Jahresbezugspreis: 11,- DM (einschließlich Porto)

Rote Fahne ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)



Erscheint monatlich.
Eigentümer: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ)
Herausgeber und Verleger: Franz Strobl. Für den Inhalt und den Druck verantwortlich: Peter Tesinsky. Alle 1150 Wien, Goldschlagstrasse 64/5. Keine Inseratenannahme. Zuschriften und Bestellungen von Abonnements oder Probenummern erbeten an die Redaktion der "Roten Fahne", 1150 Wien, Goldschlagstrasse 64/5. Telefon 92-33-88. Jahresabonnement S 35,-, Halbjahresabonnement S 20,-, Auslandsabonnement S 45,- (DM 7,00) Postscheckkonto Nr. 173.848

